

Wirtschaft



Raúl Bobadilla stark umworben
Der Ball ruht, nicht so die Transfergerüchte um den YB-Stürmer. 18

Die Schweiz soll zur Drehscheibe für die chinesische Währung werden

Der Bundesrat schlägt im neuesten Finanzmarktbericht vor, dass die Schweiz ein Handelsplatz für den chinesischen Renminbi wird. Entsprechende Gespräche mit Peking seien aufgenommen worden.

Andreas Valda

Zuletzt hagelte es Vorwürfe gegen den Bundesrat. Die Regierung handle nicht vorausschauend. Sie lasse sich von anderen Ländern und internationalen Organisationen unnötig unter Druck setzen, zum Beispiel bei der Steueramts-hilfe. Der Bundesrat erfinde laufend juristische Sonderlösungen, die international nichts taugten, so etwa die Idee einer Selbstdeklaration der Bankkunden zu Steuerzwecken. Ihr fehle die Gesamtübersicht mit Blick nach vorne. Eine Strategie zur Legalisierung unverteuerter Vermögen allein könne nicht der Kern der politischen Initiative aus Bern sein.

Mit einem Monat Verspätung hat der Bundesrat gestern einen 66-seitigen Bericht veröffentlicht, der die wichtigsten Pfeiler seiner Finanzmarktstrategie umreist.

● **Weissgeld:** Dazu gehört die Missbrauchsbekämpfung im Geldwäscherei- und Steuerbereich («Bund» vom Samstag). Die Schweiz soll eine «internationale Vorbildfunktion» einnehmen, steht im Kapitel Schlussfolgerung zu lesen. Das überrascht insofern, als Parlamentarier von der Mitte bis rechts regelmässig verlangen, die Schweiz solle sich in dieser Frage nicht als Musterknabe aufspielen. Andere Finanzplätze wie London, Hongkong oder Singapur würden gar nichts zur Bekämpfung der Geldwäscherei unternehmen.

● **Wettbewerbsfähigkeit:** Die Schweiz soll globale Regulierungsstandards für die Banken übernehmen. Auf Sonderzügen soll verzichtet werden. Die Bedingungen für bestehende und neue Geschäftsfelder sollen «durch regulatorische und steuerliche Anpassungen» verbessert werden. Der Bundesrat positioniert sich hier anders als das Parlament, das zuletzt zum «Swiss Finish» neigte und dies etwa bei den Eigenkapitalvorschriften für Banken durcherzerte. Das Parlament sah härtere Regeln vor mit dem Ziel, das Finanzsystem zu stabilisieren.

● **Wirtschaft:** Der Bundesrat will unter dem Titel «begleitende Massnahmen» dafür sorgen, dass die Banken Firmen und Privaten zudienen - und nicht umgekehrt -, indem sie attraktive Finanzierungen und eine «kostengünstige und vielfältige Produktpalette» anbieten. Die Branche soll «Kunden angemessen informieren». Die Regierung verspricht sich zudem Vorteile für den Finanzplatz, sollte es gelingen, ein «attraktives, international akzeptiertes System der Unternehmensbesteuerung» einzurichten. Das heisst, die Schweiz sollte mit der EU und der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) möglichst schnell ins Reine kommen. Diese verlangen, dass Firmenkonstrukten, die zur Steuervermeidung errichtet werden, ein Riegel geschoben wird.

Zutritt für chinesische Firmen

Unter dem Titel «verbesserte Rahmenbedingungen für den Kapitalmarkt» steht ein Kapitel, das politische Beobachter überrascht. Die Schweiz solle zur bedeutenden internationalen Drehscheibe für die chinesische Währung Renminbi werden, fordert der bundesrätliche Bericht. «Nach Einschätzung der Branche wäre es zum jetzigen Zeitpunkt günstig, chinesischen Unternehmen den Zugang zum Schweizer Kapitalmarkt zu erleichtern und dadurch zu einem Hub für Renminbi-Geschäfte zu werden.»

Der Renminbi ist zwar noch nicht frei handelbar. Aber Fachleute erwarten, dass er sich mittelfristig neben Dollar, Yen und Euro zur vierten Weltwährung entwickelt. Hongkong hat sich unter chinesischer Aufsicht bereits als Renminbi-Drehscheibe etabliert. Hinzugekommen sind «seit kurzem auch London und Singapur», so der Bericht. Damit Zürich zu einem Hub wird, müsste der Bundesrat entsprechende Verhandlungen mit China aufnehmen. Die Branche, so lässt



Der Bundesrat wünscht, dass die Schweiz bezüglich Weissgeldstrategie international zum Vorbild wird. Foto: Keystone

der Bericht durchschimmern, fordert «Unterstützung durch die Behörden im bilateralen Dialog mit China und in Bezug auf regulatorische Fragen». Im Grundsatz haben sich China und die Schweiz bereits darauf geeinigt, einen Finanzdialog aufzunehmen. Die technische Umsetzung des Handels mit Renminbi-Wertpapieren wäre der «Initiative des Privatsektors überlassen».

CVP-Finanzpolitiker und Ständerat Pirmin Bischof begrüsst gestern, dass der Bundesrat erstmals eine wirtschaftliche Vision für den Finanzplatz vorstellt. Er hatte letzte Woche im Namen der CVP-Fraktion eine Task-Force gefordert, die Zukunftsfragen diskutieren sollte. «Das Beispiel des Renminbis freut mich. Die Schweiz könnte so ein weiteres Standbein im Devisenhandel aufbauen

und würde damit weniger vom Dollar und Euro abhängig sein», sagte Bischof.

Wirtschaftsprofessor Mathias Hoffmann von der Universität Zürich warnt hingegen vor zu viel Euphorie (siehe Interview unten). Solange China nicht den freien Kapitalverkehr für den Renminbi beschliesse, bleibe eine solche Drehscheibe ein volkswirtschaftliches Risiko für die Schweiz.

Was vom Bericht des Bundesrats zu halten ist

«Das Bankgeschäft sollte wieder langweilig werden»

Wirtschaftsprofessor Mathias Hoffmann empfiehlt, den Finanzplatz nicht speziell zu fördern.

Interview: Andreas Valda

Herr Hoffmann Der Bundesrat skizziert erstmals die wirtschaftliche Zukunft des Finanzplatzes. Hat der Bericht Sie überrascht?

Nein. Ich halte ihn für ausgewogen. Die Politik hat der Versuchung widerstanden, sich die Förderung einzelner Geschäftsfelder im Finanzbereich zu sehr auf die Fahne zu schreiben.

Warum sollte sie das nicht tun?

In der Schweiz gibt es grosse Skepsis gegenüber staatlicher Förderung der Industrie. In meinen Augen zu Recht. Warum sollte die Politik die Finanzbranche als Ganzes oder in Teilbereichen stärker fördern als andere wichtige Wirtschaftsbereiche wie beispielsweise die mittelständische Exportwirtschaft? Das wäre nicht plausibel.

Die Schweizer Regierung sollte sich also zurückhalten?

Es ist richtig, dass der Bundesrat die anstehenden politischen Probleme wie etwa die Umsetzung der Weissgeldstrategie zu lösen versucht. Ausserdem muss der Marktzugang, zum Beispiel in der EU, gesichert werden. Das sind wichtige Punkte, für welche die Politik zuständig ist. Doch eines darf nicht übersehen werden: Weltweit wird der Finanzmarkt durch schärfere Regulierung redimensioniert werden. Idealerweise sollte das Bankgeschäft wieder langweilig werden. Seine Bedeutung an der Wertschöpfung wird voraussichtlich

abnehmen. Dies trifft auch für die Schweiz zu. Das muss ihr aber insgesamt nicht unbedingt schaden.

Warum nicht?

Ein funktionierendes Finanzsystem ist natürlich Voraussetzung für eine positive Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft. Es gibt aber einen latenten Konflikt zwischen der Finanzbranche und der sogenannten Realwirtschaft. Finanz- und Bankenrisiken ereignen sich in schöner Regelmässigkeit und haben jeweils massive, negative Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft. Ein anderes Problemfeld sind die Wechselkurse: Wenn internationale Investoren die Schweiz als sicheren Hafen sehen, ist das zwar ein schöner Vertrauensbeweis für unser Land. Da die Schweiz aber sehr klein ist, wird sie von all dem ausländischen Kapital regelrecht überschwemmt. Das führt zu Vermögenspreisschüben - etwa im Immobiliensektor - mit all den Gefahren, die das für die Stabilität mit sich bringt. Und es führt zu der zu beobachtenden Aufwertung des Frankens, die der Exportwirtschaft sehr zu schaden macht. Gerade ein kleines Land wie die Schweiz muss also eine gute Balance zwischen der internationalen Bedeutung der Finanzbranche und der anderer Sektoren finden.



Mathias Hoffmann

Der 40-Jährige ist Professor für internationalen Handel und Finanzen an der Universität Zürich.

Wie ist das zu erreichen?

Indem die Politik an einem attraktiven Wirtschaftsstandort arbeitet, der für viele Branchen interessant ist. Dazu gehören neben politischer Freiheit und Rechtssicherheit ein erstklassiges Bildungssystem und ein solid finanziertes Sozial- und Gesundheitssystem. Ganz wichtig für ein kleines Land ist auch der freie Güter- und Kapitalverkehr. In all diesen Bereichen ist die Schweiz vergleichsweise stark, und davon profitieren alle - indirekt auch die Vermögensverwaltung. Ich bin überzeugt: Wenn ein asiatischer Kunde die Wahl hat zwischen Dubai oder Zürich, dann wird er längerfristig auch deswegen Zürich wählen, weil er hier die professionellste Beratung durch hervorragend ausgebildete Fachleute findet und gleichzeitig die bei weitem grössere politische Stabilität und Rechtssicherheit.

In seinem Bericht schlägt der Bundesrat eine Stärkung des Offshorehandels mit der chinesischen Währung Renminbi vor. Heikel?

Das ist ein potenziell sehr interessanter Markt. Aber Finanzplätze wie London, Singapur und Hongkong buhlen um das gleiche Geschäft. London hat wegen seiner Grösse einen besonderen Vorteil und ist schon Zentrum des Offshorehandels in Euro und Dollar. Hongkong ist Teil Chinas und von daher begünstigt. Sich ein gutes Stück von diesem Kuchen abzuschneiden, ist also nicht leicht. Zudem gibt es Risiken, die wiederum die ganze Schweizer Wirtschaft betreffen können. China hat keinen freien internationalen Kapitalverkehr, und die Entwicklung eines Offshoremarktes hängt daher ganz besonders vom Goodwill der chinesischen Regierung ab.

Kurz

Greatbatch Medical 57 Entlassene erhalten eine Stelle bei Bieler Unternehmen

Das Bieler Unternehmen MPS Micro Precision Systems übernimmt 57 der insgesamt 180 Angestellten der US-Medizinaltechnikfirma Greatbatch Medical in der Schweiz. Sie werden im Januar 2013 in die neue Tochterfirma MPS Precimed integriert, teilte das Unternehmen gestern mit. Dabei handle es sich um 57 hochspezialisierte Stellen im Bereich Orthopädie. MPS Micro Precision Systems ist spezialisiert auf Medizinal- und Mikrotechnik und ist in der Uhrenindustrie tätig. Das Unternehmen beschäftigt aktuell rund 300 Mitarbeiter. Die US-amerikanische Greatbatch-Gruppe kündigte bereits im Juli an, einen Grossteil ihrer Tätigkeiten in den Standorten Orvins (BE) und Gorgémont (BE) in die Vereinigten Staaten sowie Mexiko zu verlagern. (sda)

Victoria-Jungfrau Hotelgruppe verlässt Schweizer und Berner Börse

Die Luxus-Hotelgruppe Victoria-Jungfrau Collection will ihre Aktien künftig auf der ausserbörslichen Plattform OTC-X der Berner Kantonalbank handeln lassen. Ein entsprechender Dekotierungsantrag ist bei der Schweizer Börse SIX und der BX Berne Exchange deponiert. Der Wechsel erfolge aufgrund des geringen Handelsvolumens und zur Steigerung der Effizienz, teilte Victoria-Jungfrau Collection gestern mit. Der Wechsel soll per 30. April 2013 erfolgen. (sda)

Pensionskassen Publica senkt den technischen Zinssatz

Wegen des anhaltend tiefen Zinsniveaus hat die Pensionskasse des Bundespersonals, Publica, den technischen Zinssatz per 1. Januar 2015 auf 2,75 Prozent gesenkt. Das hat eine Anpassung des Umwandlungssatzes zur Folge. Durch angehäuften Rückstellungen und weitere flankierende Massnahmen soll das Vorsorge-niveau möglichst gehalten werden. Der Umwandlungssatz wird auf der Basis von Lebenserwartung und technischem Zins festgelegt. Publica erklärte, der höheren Lebenserwartung habe sie mit einer Senkung des Umwandlungssatzes von 6,53 auf 6,15 Prozent per Juli 2012 Rechnung getragen. (sda)

Banken Jede vierte Privatbank ist laut einer Studie unrentabel

Gemäss einer Studie der Beratungsfirma KPMG und der Uni St. Gallen arbeitet rund ein Viertel der Schweizer Privatbanken nicht mehr profitabel. Die Hauptprobleme seien ungenügende Eigenkapitalrendite, anhaltende Verluste, Verschiebung der verwalteten Vermögen hin zu grösseren Banken und ungenügende Effizienz. Die Experten erwarten noch mehr Druck auf die Privatbanken, sodass deren Zahl in absehbarer Zeit sinken dürfte. (sda)

Steuern Rohstoffriese Vale muss 212 Mio. Franken nachzahlen

Der in Saint-Prex VD domizilierte brasilianische Rohstoffkonzern Vale International hat sich mit den Schweizer Behörden geeinigt: Das Unternehmen wird 212 Millionen Franken Steuern nachzahlen. Die eidgenössische Steuerverwaltung hatte Vale vorgeworfen, nicht alle Bedingungen für die gewährte Steuererleichterung zu erfüllen. Man werde die nachträglich geforderten Bundessteuern zwischen 2013 und 2015 bezahlen, teilte das Unternehmen gestern mit. (sda)

Arbeitsbedingungen Messe Basel reagiert auf Kritik an Dumpinglöhnen

Die Kritik an den Arbeitsbedingungen auf der Basler Messebaustelle zeigt Wirkung: Die Arbeiter sollen nicht länger unter unsauberen Machenschaften ihrer Arbeitgeber leiden müssen. Kommt es zu Lohndumping oder bleiben Lohnzahlungen ganz aus, wollen Bauherrin und Totalunternehmer in die Bresche springen. MCH Messe Basel und HRS Real Estate versprechen «unbürokratische und direkt unpräjudizielle Unterstützung». (sda)